

Aus der FDP soll die FLP werden

Nach Grünliberalen und BDP soll noch dieses Jahr eine weitere neue Partei entstehen. FDP und Liberale wollen fusionieren. In ihren Hochburgen Genf, Waadt und Basel werden die Liberalen aber fürs Erste weiterbestehen.

BERN – Eigentlich begann gestern erst die parteiinterne Vernehmlassung für das Fusionsprojekt von FDP und Liberalen. Klappt alles, stimmen die Delegierten im Oktober zu und startet die neue Partei Anfang 2009. Doch die Vertreter der beiden Parteien gaben sich an der Medienkonferenz bereits alle Mühe, die historische Bedeutung des Ereignisses hervorstreichend. Und tatsächlich: Beide Parteien haben zwar zusammen mit den Demokraten gemeinsame Wurzeln in der freisinnigen Grossfamilie, welche den Schweizer Bundesstaat aus der Taufe hob. Und im 19. Jahrhundert gab es auch Versuche, die drei Strömungen enger zusammenzuführen. Doch seit gut 100 Jahren gehen FDP und Liberale parteipolitisch klar getrennte Wege. Dabei sind die Liberalen eher rechts der FDP positioniert und spielen nur in den Kantonen Genf, Waadt, Neuenburg und Basel-Stadt eine bedeutende Rolle. Erst 2004 schlossen sich FDP und Liberale auf Bundesebene zu einer Fraktion zusammen.

Rebranding für neue Partei

Um der historischen Bedeutung gerecht zu werden, soll die neu fusionierte Partei auch einen neuen Namen erhalten. Den Parteimitgliedern wird «Freisinnig-liberale Partei (FLP) – Wir Liberalen» vorgeschlagen. Als Alternative sieht die Arbeitsgruppe ein radikaleres Rebranding, also einen ganz neuen Auftritt, vor. Laut FDP-Präsident Fulvio Pelli wäre ein neuer Name aber nicht das Ende der FDP. «Niemand verschwindet, niemand stirbt.» Die FDP werde nicht zu Grabe getragen, ergänzte FDP-Fraktionschefin Gabi Huber.

Gleichzeitig soll die Fusion auch dazu benutzt werden, die Partei strukturell zu modernisieren. Für die Fusion der sich inhaltlich nahestehenden

Parteien gibt es mehrere Gründe. Pelli verhehlte nicht, dass es aus FDP-Sicht auch darum geht, klar die drittstärkste Partei vor der CVP zu bleiben. FDP und Liberale verloren zuletzt die meisten Wahlen, sodass die FDP gesamtschweizerisch noch auf knapp 16 Prozent, die Liberalen auf knapp 2 Prozent Wähleranteil kommt. Gemeinsam wäre wohl auch der zweite Bundesratsplatz mittelfristig gesichert. Die CVP weiss nämlich nur knapp 15 Prozent der Wähler hinter sich.

Längerfristig ist es aber Ziel der neuen liberalen Gruppierung, die stärkste Partei zu werden. Um diesem Ziel näherzukommen, schliesst die neue Partei grundsätzlich auch ein

Zusammengehen mit Grünliberalen und/oder der SVP-Abspaltung BDP nicht aus. Diese neuen Gruppierungen müssten erkennen, dass es in der Schweizer Politik nur wenige ernsthafte Bewegungen gebe, für die man sich entscheiden könne, sagte Pelli. Ein weiterer Grund für die Fusion ist die Tatsache, dass sich die Fraktionsgemeinschaft im Bundeshaus in den letzten fünf Jahren offenbar bewährt hat. Und in einigen Kantonen wurde der Zusammenschluss der beiden Parteien bereits vorweggenommen.

Situation wie bei CVP Wallis

Mit Ausnahme von Neuenburg werden die Liberalen aber weiterhin in all ihren Hochburgen, also Waadt, Genf und Basel-Stadt, als eigene Sektionen bestehen bleiben. In diesen Kantonen werde die Fusion mehr Zeit beanspruchen, sagte Huber. Damit entsteht eine Situation, welche Grüne und CVP

kennen. So haben die Grünen etwa in Bern unterschiedlich ausgerichtete Sektionen, die CVP im Wallis. Für Zürich und die Ostschweiz werde sich durch die Fusion kaum etwas ändern, sagt der Winterthurer FDP-Nationalrat Markus Hutter. «Bei uns spielt die Liberale Partei ja keine Rolle.»

Verstärkung für Rechte?

Hutter, der zum rechten FDP-Flügel gezählt wird, erhofft sich durch den Zuzug der Liberalen parteiintern Verstärkung für sein Lager. «Die Arbeit in der gemeinsamen Fraktion hat aber gezeigt, dass dies nicht zwingend so sein wird.» Einem neuen Parteinamen steht er offen gegenüber, auch wenn sich dies aus Zürcher Sicht keinesfalls aufdränge. «Zudem darf ein neuer Name nicht zu zusätzlicher Verwirrung führen. Im Moment entsteht ja eine neue Partei nach der anderen.»

MICHAEL BRUNNER



Pierre Weiss, Präsident LPS, Gabi Huber, FDP-Fraktionspräsidentin, Fulvio Pelli, Präsident FDP Schweiz, und Chantal Balet Emery, Vizepräsidentin LPS (von rechts nach links), wollen mit der Gründung der FLP künftig gemeinsame Wege gehen. Bild: key

Strahm: «100 000 Franken sind zu viel»

Allgemeinpraktiker, die Medikamente direkt an Patienten abgeben, verdienen damit laut Preisüberwacher über 100 000 Franken im Jahr. Eine Senkung der preisabhängigen Margen soll falsche Anreize beseitigen.

BERN – Preisüberwacher Rudolf Strahm stützt sich auf eine Marktanalyse über den Medikamentenabsatzkanal bei Ärzten, Apotheken und Spitälern, die einen dringenden Reformbedarf im gesamten Margensystem bei Arzneimitteln zeigt. Im Visier hat er aber vor allem jene Ärzte, die Medikamente direkt an Patienten abgeben. Dreizehn Kantone, vorwiegend in der Zentral- und Ostschweiz, lassen diese sogenannte Selbstdispensation (SD) zu. SD-Ärzte erzielen mit den Medikamenten dank hoher Margen Einkommenszuschüsse, die laut Strahm «weit über den Erwartungen» liegen. Strahm stellt zudem fest, dass die hohen Margen der SD-Ärzte zu falschen ökonomischen Anreizen und Marktverzerrungen führen. Die SD-Ärzte stellten sich auf die gängigsten Dosierungen und Packungsgrößen von Originalpräparaten ein, die seltener gebrauchten überliessen sie aber den Apotheken.

Massive Senkung der Margen

Laut Strahm steigerten die SD-Ärzte ihren Marktanteil beim Medikamentenabsatz zwischen 2000 und 2007 von 24,9 auf 27,6 Prozent, während die Apotheken Anteile verloren. Dringend ist für Strahm die Senkung der preisabhängigen Marge von derzeit 15

Prozent bis Ende 2008. Bei den SD-Ärzten schlägt Strahm weniger als acht Prozent vor, wobei mittelfristig nur noch Festbeträge in Franken als Vergütung der Kosten des SD-Arztbesuches verrechnet werden sollen. Bei den Apotheken will Strahm eine Senkung auf maximal zwölf Prozent. Zudem fordert er die «Ausmerzungen des unsittlichen Rabatt- und Kickback-Systems für Ärzte» wie Boni, Kapitalbeteiligungen und Rückvergütungen. Die vom Bundesamt für Gesundheit vorgeschlagene undifferenzierte Senkung der preisabhängigen Vertriebsmarge auf zwölf Prozent hält Strahm für ungenügend.

Bei den Ärzten kamen Strahms Forderungen schlecht an. Anstatt das gesamte Gesundheitswesen im Blick zu behalten und die Versorgungssicherheit zu berücksichtigen, bestrafe er günstige Anbieter wie die Grundversorger, teilte die Verbindung der Schweizer Ärzte mit. Sie verwies auf den drohenden Ärztemangel in der Grundversorgung und Bemühungen, das Berufsbild der Hausärzte attraktiver zu gestalten. Solche Versuche würden mit Vorschlägen wie denen von Strahm torpediert. Die Schweizerische Gesellschaft für Allgemeinmedizin warf Strahm vor, falsche Zahlen zu verwenden (ap)



Die Ärzte verdienen laut Preisüberwacher zu viel am Medikamentenverkauf. Bild: key

Walliser Grossrat tritt zurück

SION – Der Walliser CVP-Grossrat Xavier Bagnoud ist gestern von seinem Amt zurückgetreten. Im Frühjahr waren von ihm Bilder aufgetaucht, wie er nackt ein weisses Pulver, mutmasslich Kokain, die Nase hochzog.

Das Demissionsschreiben sei am Dienstagmorgen eingegangen, bestätigte der Leiter der Walliser Parliamentsdienste eine Meldung des Westschweizer Radios. Bagnoud trete per sofort zurück. Nun leite man die Nachfolge ein. Grundsätzlich werde die Person auf dem nächsten Listenplatz nachrutschen. (sda)

Kassen: Weniger Reserven

Der Gesundheitsdirektor der Waadt fordert die Versicherer zum Abbau überschüssiger Reserven auf.

LAUSANNE – In der Waadt werde der Reserveüberschuss gemäss Berechnungen der Krankenkassen Ende dieses Jahres 540 Millionen Franken erreichen, erklärte der SP-Gesundheitsdirektor Pierre-Yves Maillard gestern. Ende 2007 seien es noch 460 Millionen gewesen. Dies entspreche einem Viertel der in einem Jahr bezahlten Krankenkassenprämien. Damit liege die Waadt weit über dem schweizerischen Mittel. Gleiches gelte auch für die Kantone Zürich und Genf, sagte Maillard, der gleichzeitig die Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) präsidiert. In Zürich lag der Überschuss Ende 2006 bei 250 Millionen Franken. Zürichs Gesundheits-

NACHGEFRAGT



Andreas Ladner
Politologe an der
Universität Lausanne

«Eine aus der Not heraus geborene Heirat in Etappen»

Warum wollen sich FDP und Liberale auf nationaler Ebene zusammenschliessen?

Ein Hauptgrund der FDP dürfte ihr Wettkampf mit der CVP sein. Mit Hilfe des Wählerpotenzials der Liberalen wollen die Freisinnigen den dritten Platz unter den Parteien und damit ihren Anspruch auf zwei Bundesratsplätze sichern.

Und gelingt das?

Die Heirat in Etappen zwischen FDP und Liberalen ist aus der Not heraus geboren und nicht das Ergebnis von strategischen Überlegungen. Beide schwächeln, die neue, gemeinsame Partei wird noch heterogener. Da wird es schwierig, nur schon das gemeinsame Wählerpotenzial zu halten, geschweige denn gar neue Wähler zu gewinnen.

In der Waadt, Genf und Basel wollen die Parteien weiterhin getrennt auftreten. Kann das funktionieren?

Wie gesagt erfolgt die Fusion auf nationaler Ebene, weil beide Parteien in Bundesbern schwächeln. In verschiedenen Kantonen sind aber sowohl Liberale wie Freisinnige traditionell stark und Rivalen. Dabei politisieren die Liberalen relativ ähnlich wie der Zürcher Freisinn, während die FDP-Sektionen in diesen Kantonen eher etatistisch sind. Ein Zusammengehen auf Kantons-ebene würde daher wohl von vielen nicht verstanden.

FDP und Liberale gehen zusammen, Grünliberale und BDP treten als neue Parteien auf. Ist das Schweizer Parteiensystem im Umbruch?

Wir erleben zurzeit einen Strukturwandel. Die traditionellen Konfliktlinien, denen entlang sich die modernen Parteien bildeten, spielen nicht mehr die gleiche Rolle wie früher. Die Parteien müssen sich deshalb neu positionieren. Dies ist noch nicht allen gelungen.

Die einst dominante Partei FDP verliert seit Jahrzehnten. Waren die Wähler früher liberaler eingestellt?

Nein, die FDP war nie eine spezifisch liberale Kraft. Als staatstragende Partei hatte sie grosse Anziehungskraft auf ganz unterschiedliche Personengruppen. Man machte in der Partei mit und wählte sie, weil der Weg zur Macht nur über sie führte. Heute fällt dieser Effekt weg. (INTERVIEW: MICHAEL BRUNNER)

direktor Thomas Heiniger (FDP) unterstützt deshalb die Forderung des Waadtländer SP-Politikers. Dass die Versicherer in seinem Zuständigkeitsbereich weiter Reserven aufräumen und damit die Versicherten zu hohe Prämien bezahlen, findet Maillard umso stossender, da die Entwicklung der Gesundheitskosten im Kanton Waadt unter dem Schweizer Mittelwert liegt. Während die Versicherer ihre Prämienberechnungen auf eine durchschnittliche Zunahme der Gesundheitskosten von 4 Prozent abstützten, hätten sie in der Waadt im letzten Jahr nur um 2,3 Prozent zugenommen. Im ersten Semester 2008 liege die Zunahme gar nur bei 1,3 Prozent. Damit liege die Waadt hinter Genf, Bern und Tessin auf Rang vier. «Unsere Kosten pro Versicherten liegen kaum 2 Prozent höher als in Bern. Trotzdem sind die Prämien in der Waadt im Schnitt 10 Prozent höher», kritisierte er. (sda)